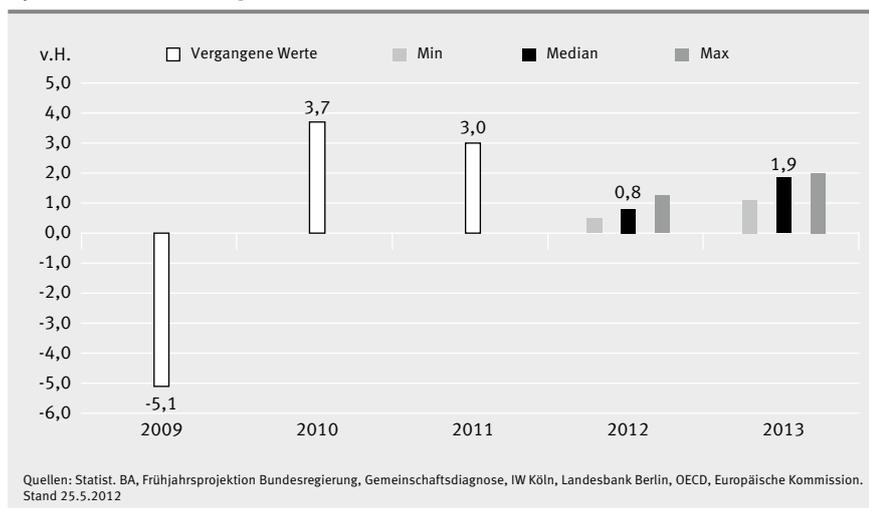


Deutschland trotz unsicherem Umfeld

Deutschland hat mit einem soliden Wachstum seiner Wirtschaftsleistung zum Jahresanfang 2012 die Experten überrascht und auf europäischer Ebene eine Rezession verhindert. Allerdings trüben die schwache konjunkturelle Lage und die hohe Unsicherheit über die weitere politische und wirtschaftliche Entwicklung der EU-Partner die Erwartungen.

Spektrum der BIP-Prognosen von Instituten und Banken



Das deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) hat im ersten Quartal 2012 mit 0,5 v.H. gegenüber dem Vorquartal deutlich stärker zugelegt als von Experten erwartet. Somit erwies sich die Sorge bezüglich einer etwaigen Rezession nach dem Einbruch um 0,2 v.H. im letzten Vierteljahr 2011 als unbegründet. Auf der Verwendungsseite waren ausländischer und inländischer Konsum die treibenden Kräfte der Expansion. Die Exporte legten im Vergleich zum Vorquartal um 1,7 v.H. zu, während die Importe konstant blieben. Die privaten Konsumausgaben, auf denen die Wachstumshoffnungen der nächsten Monate ruhen, stiegen um 0,4 v.H. Zudem erhöhte der Staat seine Konsumausgaben um 0,2 v.H. Dämpfend auf die inländische Verwendung wirkten lediglich die Investitionen. Sowohl die Bau- als auch die

Ausrüstungsinvestitionen gingen preis- und saisonbereinigt im ersten Quartal 2012 um 1,3 v.H. und 0,8 v.H. gegenüber dem Vorquartal zurück.

Ebenfalls positiv verlief die Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt seit Jahresbeginn. Selbst während der temporären Abschwächung der wirtschaftlichen Dynamik im letzten Quartal des Jahres 2011 zeigten sich keine sichtbaren Auswirkungen. Im April ist die Arbeitslosigkeit zwar gegenüber dem Vormonat leicht gestiegen, im Vorjahresvergleich ist die saisonbereinigte Arbeitslosenquote jedoch um 0,3 Prozentpunkte auf aktuell 6,8 v.H. zurückgegangen. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg saisonbereinigt weiter an und verzeichnete mit 1,5 v.H. im ersten Quartal 2012 den höchsten Zuwachs seit Anfang 2008. Laut Bundesagentur für

Arbeit ist die nach dem ILO-Konzept berechnete Erwerbslosenquote in Deutschland im europäischen Vergleich mit 5,6 v.H. eine der niedrigsten. Geringer fällt die Quote derzeit nur in Österreich, den Niederlanden und Luxemburg aus. Experten rechnen damit, dass die Quote im Jahresdurchschnitt 2012 zwischen 5,5 v.H. und 5,2 v.H. liegen wird.

Indikatoren zeigen Unsicherheit

Ob sich die guten Ergebnisse des ersten Quartals im nächsten Quartal fortzuschreiben lassen, ist offen. Während sich die Einschätzung der vom ZEW befragten Finanzmarktexperten bezüglich der aktuellen konjunkturellen Situation im Mai weiter verbessert hat, haben die Unternehmen in der gewerblichen Wirtschaft laut ifo ihre Beurteilung der Geschäftslage nach unten korrigiert. Die Konjunkturerwartungen sind in beiden Umfragen hingegen erstmals seit fünf Monaten wieder gefallen. Verantwortlich dafür ist vor allem die Unklarheit über die zukünftige Entwicklung in Europa aufgrund der Wahlausgänge in Griechenland und Frankreich sowie den Fortgang der europäischen Schuldenkrise. Diese Unwägbarkeiten

IN DIESER AUSGABE

| | |
|--|----|
| Deutschland trotz unsicherem Umfeld | 1 |
| Die voraussichtliche Lage in der EWU | 3 |
| Ergebnisse der Maiumfrage 2012 | 4 |
| Eingetrübte Lage – positiver Ausblick | 5 |
| Führt Offshoring zu höherem Einkommensrisiko? | 6 |
| Was erklärt die zunehmende Persistenz von Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland? | 8 |
| Nachrichtenschocks als treibende Kraft der gesamtwirtschaftlichen Dynamik | 10 |
| Stimmungswandel in der Europäischen Union | 12 |

manifestieren sich zudem in deutlichen Rückgängen der konjunkturellen Lage und Erwartungen der ZEW Indizes für den Euroraum. Gleichzeitig lässt die hohe Volatilität an den Finanzmärkten auf Verunsicherung schließen. Nach Ankündigung der Neuwahlen in Griechenland fiel der DAX zwischenzeitlich auf den tiefsten Stand seit Ende Januar 2012. Ein weiterer Einbruch auf unter 6000 Punkte erfolgte Anfang Juni. Im Gegensatz dazu scheinen die deutschen Verbraucher momentan weniger sensitiv gegenüber Risiken auf europäischer Ebene zu sein. Ihre Konjunkturerwartungen erhöhten sich laut der GfK-Konsumklimastudie zum dritten Mal in Folge. Einkommenserwartung und Anschaffungsneigung der Haushalte befinden sich ebenso weiterhin auf einem hohen Niveau, so dass die Hoffnung in den privaten Konsum als Stütze für die deutsche Konjunktur in den nächsten Monaten berechtigt erscheint. Dazu trägt ebenso das historisch niedrige Zinsniveau bei.

Für das laufende Jahr spannen die Prognosen für das BIP-Wachstum in Deutschland noch ein breites Spektrum zwischen 0,5 und 1,3 v.H. auf. Da die positive Überraschung über die BIP-Wachstumsrate im ersten Quartal 2012 in den meisten Prognosen von Instituten und Banken noch nicht enthalten war, ist eine Korrektur der

Prognose nach oben zu erwarten. Für 2013 gehen Konjunkturrexperten nun von einem höheren Wachstum zwischen 1,1 und 2,0 v.H. aus.

Inflations Sorgen in Deutschland

Allerdings müssen die Deutschen in diesem Jahr mit einer höheren Inflationsrate oberhalb des Preisstabilitätsziels der Europäischen Zentralbank von etwas unter 2,0 v.H. rechnen. Die Prognosen liegen im Median bei 2,3 v.H. Bundesbankpräsident Weidmann geht ebenfalls davon aus, dass die Inflationsrate in Deutschland in den kommenden Jahren eher über dem europäischen Durchschnitt der Inflationsrate liegen wird.

Da die Preissteigerung in der Eurozone in den letzten Monaten wieder in Richtung des angestrebten Zielwerts von 2,0 v.H. sank, ließ die EZB den Leitzins konstant bei 1,0 v.H. Durch die über dem Zielwert liegende Inflationsrate werden die bei den Tarifverhandlungen erzielten Lohnzuwächse nach Abzug der Inflationsrate geringer ausfallen. Jedoch ist trotz der hohen Teuerungsrate zu vermuten, dass die aktuellen Tarifabschlüsse sich in den Jahren 2012 und 2013 durch eine höhere Konsumneigung positiv auf die Konjunktur auswirken und damit etwaige Arbeits-

platzverluste kompensieren. Aufgrund des hohen Wachstums in Deutschland in den vergangenen zwei Jahren sind derzeit vergleichsweise hohe Lohnabschlüsse zu beobachten. Für 2013 sinkt die Medianprognose der Institute und Banken lediglich auf eine Inflationsrate von knapp 2,0 v.H. Dieser Wert sollte allerdings vor dem Hintergrund der unerwartet guten Wirtschaftsleistung im ersten Quartal 2012, welche zumeist noch nicht in den Inflationsprognosen berücksichtigt ist, eher als Untergrenze betrachtet werden.

Konsolidierungsbedarf auf Länderebene durch Schuldenbremse

Trotz der guten gesamtwirtschaftlichen Lage hätten die meisten Bundesländer derzeit Schwierigkeiten die im Jahr 2020 auf Länderebene in Kraft tretende Schuldenbremse einzuhalten. Lediglich vier Bundesländer verzeichneten 2011 einen positiven Saldo. Somit ist der Konsolidierungsbedarf trotz des geringeren Gesamtdefizits im Jahr 2011 gegenüber 2010, welches primär dem wirtschaftlichen Aufschwung zuzurechnen ist, weiterhin hoch, um dem Verbot der strukturellen Nettokreditaufnahme nachzukommen.

Claudia Busl, busl@zew.de
Frauke Schleer, schleer@zew.de

Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland 2011, 2012 und 2013

| | Statist. BA | Bundesregierung | | Gemeinschaftsdiagnose | | IW Köln | | Landesbank Berlin | | OECD | | Europäische Kommission | |
|--|-------------|-----------------|-------|-----------------------|-------|---------|-------|-------------------|------|-------|-------|------------------------|-------|
| | 2011 | 2012 | 2013 | 2012 | 2013 | 2012 | 2013 | 2012 | 2013 | 2012 | 2013 | 2012 | 2013 |
| BIP, real | 3,0 | 0,7 | 1,6 | 0,9 | 2,0 | 1,3 | 2,0 | 0,5 | 1,1 | 1,2 | 2,0 | 0,7 | 1,7 |
| Privater Konsum | 1,5 | 1,0 | 1,3 | 0,9 | 1,3 | 1,0 | 1,0 | 0,2 | 0,8 | 1,1 | 1,7 | 0,9 | 1,2 |
| Konsumausgaben des Staates | 1,4 | 1,1 | 1,0 | 1,3 | 1,5 | 1,0 | 1,5 | 1,1 | 1,3 | 1,0 | 1,3 | 1,2 | 1,4 |
| Bruttoanlageinvestitionen | 6,4 | 1,9 | 4,1 | 2,8 | 6,1 | 3,0 | 5,0 | – | – | 2,0 | 3,7 | 2,1 | 4,7 |
| Exporte | 8,2 | 3,0 | 5,0 | 3,1 | 5,1 | 3,0 | 5,0 | 2,9 | 5,9 | 4,4 | 6,2 | 2,9 | 5,0 |
| Importe | 7,4 | 4,0 | 5,5 | 3,7 | 5,8 | 3,0 | 5,3 | 3,8 | 6,6 | 4,7 | 6,7 | 3,8 | 6,0 |
| Erwerbstätige (in Tsd.) | 41100 | 41520 | 41610 | 41570 | 41894 | 41480 | 41950 | – | – | – | – | – | – |
| Veränderung | 1,3 | 1,0 | 0,2 | 1,1 | 0,8 | 1,0 | 1,3 | – | – | 0,9 | 0,2 | 1,0 | 0,4 |
| Arbeitslose (in Tsd.) | 2976 | 2850 | 2780 | 2794 | 2623 | 2790 | 2600 | – | – | – | – | – | – |
| Arbeitslosenquote | 7,1* | – | – | 6,6* | 6,2* | 6,3* | 5,8* | 6,7* | 6,3* | – | – | – | – |
| | 5,8** | 5,5** | 5,3** | 5,2** | 4,9** | 5,0** | 4,0** | – | – | 5,4** | 5,2** | 5,5** | 5,3** |
| Preisindex der Lebenshaltung | 2,3 | 2,3 | 1,9 | 2,3 | 2,2 | 2,0 | 2,0 | 2,1 | 1,8 | 2,3 | 2,0 | 2,3 | 1,8 |
| Finanzierungssaldo des Staates in v.H. des BIP | -1,0 | – | – | -0,6 | -0,2 | -1,0 | -0,5 | – | – | -0,9 | -0,6 | -0,9 | -0,7 |

Mit Ausnahme der Arbeitslosenquote und der Anzahl der Erwerbstätigen und der Arbeitslosen alle Angaben als Veränderung in v.H. gegenüber dem Vorjahr. *Arbeitslosenquote gemessen an allen zivilen Erwerbspersonen. ** Arbeitslosenquoten gemäß ILO-Definition. Quellen: Statist. BA 24.02.12, Frühjahrsprojektion Bundesregierung 25.04.12, Gemeinschaftsdiagnose 19.04.12, IW Köln 10.05.12, Landesbank Berlin 11.05.12, OECD 22.05.12, Europäische Kommission 11.05.12.

Die voraussichtliche Lage in der EWU

Gemäß der jüngsten Schnellschätzung von Eurostat blieb das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im ersten Quartal 2012 im Vergleich zum Vorquartal im Euroraum und in der EU27 jeweils stabil. Verglichen mit dem Vorjahresquartal veränderte sich das BIP im Euroraum nicht, während es in der EU27 leicht um 0,1 v.H. anstieg. Damit hat sich die konjunkturelle Entwicklung in Europa wieder gefestigt, nachdem für das BIP im vierten Quartal 2012 im Vergleich zum Vorquartal noch ein Rückgang von 0,3 v.H. berechnet wurde.

Auf eine leichte Verbesserung der konjunkturellen Entwicklung in Europa deutet die Erwartungskomponente des ifo Wirtschaftsklima-Indikators hin, der im zweiten Quartal 2012 im Vergleich zum Vorquartal deutlich angestiegen ist. Dieses Bild wird allerdings nur begrenzt durch die Erwartungen des ZEW-Konjunkturindikators unterstützt. Dieser Indikator zeigt eine leichte Verschlechterung der Konjunkturerwartungen für den Euroraum. Während gut 20 v.H. der befragten Finanzmarktexperten von einer Verbesserung der Konjunktur in den nächsten 6 Monaten ausgeht, erwartet ein etwas größerer Anteil an Befragten eine Verschlechterung.

Dies deutet auf ein erhebliches Maß an Unsicherheit hin, welches die Vorhersage der zukünftigen konjunkturellen Lage schwierig macht.

Ein wesentlicher Grund hierfür ist, dass ein möglicher Austritt Griechenlands aus der Eurozone mittlerweile kein Tabuthema mehr unter EU-Politikern ist. Die enttäuschende konjunkturelle Entwicklung in Griechenland macht eine Rückführung des Schuldenstands bis zum Jahr 2020 auf ein allgemein als erträglich eingestuftes Niveau von 120 v.H. des BIP unwahrscheinlicher. Momentan kann keine seriöse Einschätzung abgegeben werden, ob die Sparanstrengungen in Griechenland tatsächlich bald Früchte tragen, oder ob intensiver über das Alternativszenario eines Austritts nachgedacht werden muss. Zudem ist unklar, wie stark die beiden Szenarien jeweils den Rest der Eurozone negativ beeinflussen.

Nicht nur Griechenland steht weiter im Fokus. Ist die konjunkturelle Lage in Italien und Spanien schon als unterdurchschnittlich eingestuft, so versprechen die Aussichten für diese beiden Länder keine Besserung. Die Arbeitslosigkeit ist im März 2012 in Spanien von 23,8 v.H. auf

24,1 gestiegen. In Italien liegt der Wert zwar lediglich bei 9,8 v.H., allerdings bereitet die Entwicklung über die letzten Monate Grund zur Sorge. Beide Länder haben es nicht geschafft, den stetigen Anstieg der Arbeitslosigkeit seit Anfang 2011 zu stoppen.

Die Meinungen über notwendige Maßnahmen zur Trendumkehr sind zweigeteilt. Während Deutschland das Lager derer anführt, die über mittelfristig wirkende wettbewerbsstärkende Reformen strukturelle Probleme in Krisenländern beseitigen wollen, formiert sich eine Gruppe an Ländern, die kurzfristig wirkende Konjunkturprogramme bevorzugen. Die erste Strategie weist das Problem der verzögerten Wirkung von Reformen auf und ist und damit nur bedingt geeignet, um kurzfristig die Konjunktur zu beleben. Die zweite Strategie verschiebt dagegen die wirtschaftlichen Probleme lediglich in die Zukunft. Ob und wie es der Politik gelingt, beide Ziele, eine kurzfristige Konjunkturbelebung sowie eine langfristige Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit nicht nur in Italien und Spanien zu erzielen, ist noch nicht absehbar.

Andreas Sachs, sachs@zew.de

| | EWU | | Italien | | Spanien | | Belgien | | Österreich | | Irland | |
|--------------------|------|------|---------|------|---------|------|---------|------|------------|------|--------|------|
| | 2012 | 2013 | 2012 | 2013 | 2012 | 2013 | 2012 | 2013 | 2012 | 2013 | 2012 | 2013 |
| BIP, real | -0,3 | 1,0 | -1,7 | -0,4 | -1,3 | 0,6 | -0,2 | - | 0,4 | 1,4 | 0,6 | - |
| Privater Verbrauch | -0,6 | 0,5 | -1,6 | -1,0 | -2,0 | -0,9 | -0,2 | - | 0,8 | 0,9 | -1,0 | - |
| Investitionen | -1,5 | 1,9 | -4,7 | -0,8 | -7,5 | -1,0 | 0,6 | - | 1,1 | 2,0 | -1,0 | - |
| Exporte | 2,1 | 4,6 | 2,3 | 4,4 | 4,0 | 8,9 | 1,0 | - | 3,5 | 6,5 | 2,5 | - |
| Importe | 0,4 | 3,9 | -2,0 | 2,4 | -6,2 | 1,6 | 1,1 | - | 3,7 | 5,7 | 0,5 | - |
| Verbraucherpreise | 2,4 | 1,8 | 3,3 | 2,3 | 1,9 | 0,7 | 2,9 | - | 2,4 | 2,0 | 1,8 | - |
| Arbeitslosenquote | 11,0 | 11,0 | 9,5 | 9,7 | 24,4 | 25,1 | 7,6 | 7,9 | 4,3 | 4,2 | 14,3 | 13,6 |
| Beschäftigung | -0,5 | 0,0 | -1,1 | -0,1 | -3,7 | -1,5 | 0,0 | 0,4 | 0,4 | 0,7 | -0,6 | 0,7 |

| | Niederlande | | Frankreich | | Finnland | | Portugal | | Griechenland | | nachrichtlich GB | |
|--------------------|-------------|------|------------|------|----------|------|----------|------|--------------|------|------------------|------|
| | 2012 | 2013 | 2012 | 2013 | 2012 | 2013 | 2012 | 2013 | 2012 | 2013 | 2012 | 2013 |
| BIP, real | -0,6 | 1,4 | 0,5 | 1,2 | 0,5 | 2,0 | -3,4 | 0,0 | -5,3 | -1,3 | 0,0 | 2,0 |
| Privater Verbrauch | -0,7 | 0,4 | 0,1 | 1,1 | 1,4 | 1,9 | -7,3 | -1,9 | -6,6 | -1,9 | 1,0 | 1,6 |
| Investitionen | -2,0 | 2,4 | 0,7 | 2,0 | -1,0 | 0,6 | -12,0 | -1,7 | -13,4 | -2,0 | -2,5 | 3,7 |
| Exporte | 0,9 | 5,3 | 3,3 | 5,9 | -0,3 | 5,7 | 2,7 | 4,4 | 3,7 | 6,9 | -1,6 | 5,2 |
| Importe | 0,0 | 4,9 | 0,5 | 5,8 | 0,1 | 4,8 | -5,6 | 0,0 | -9,8 | 0,5 | -1,0 | 3,2 |
| Verbraucherpreise | 2,0 | 1,6 | 1,9 | 1,7 | 3,0 | 2,5 | 3,2 | 0,9 | 0,8 | -0,5 | 2,6 | 1,7 |
| Arbeitslosenquote | 5,7 | 6,2 | 10,2 | 10,3 | 7,9 | 7,7 | 15,5 | 15,1 | 19,7 | 19,6 | 8,5 | 8,4 |
| Beschäftigung | -0,2 | -0,1 | 0,4 | 0,4 | -0,1 | -0,1 | -3,3 | 0,2 | -4,8 | -0,2 | 0,4 | 0,5 |

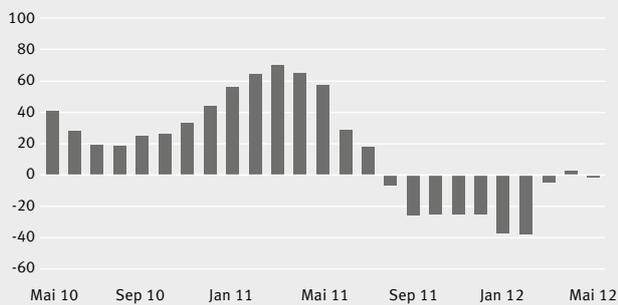
Quellen: Alle: Arbeitslosenquote und Beschäftigung: Europäische Kommission, Brüssel. EWU: Europäische Kommission, Brüssel. Österreich: Wifo, Wien. Spanien: BBVA, Bilbao. Belgien: IRES, Louvain-la-Neuve. Niederlande: ABN Amro, Amsterdam. Finnland: Nordea, Stockholm. Frankreich: BNP Paribas, Paris. Irland: Bank of Ireland, Dublin. Italien: OECD, Paris. Portugal: Banco de Portugal, Lissabon. Griechenland: OECD, Paris. GB: NIESR, London.
Stand: 25.5.2012

Ergebnisse der Maiumfrage 2012

Im ZEW-Finanzmarkttest werden jeden Monat ca. 400 Finanzexperten aus Banken, Versicherungen und großen Industrieunternehmen nach ihren Einschätzungen und Erwartungen bezüglich wichtiger interna-

tionaler Finanzmarktdaten befragt. Die gesamten Ergebnisse der Umfrage vom 30.04.-14.05.2012 wurden im aktuellen ZEW Finanzmarktreport (Redaktionsschluss 16.05.2012) veröffentlicht.

Inflationserwartungen Eurozone



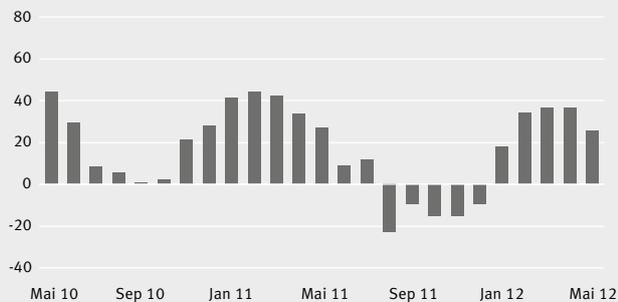
Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Änderung der jährlichen Inflationsrate im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

Eurozone: Konstante Inflationsraten erwartet

Die Inflationserwartungen in Bezug auf die Eurozone und Deutschland haben sich im Mai im Vergleich zum Vormonat nur geringfügig verändert. Der Saldo für die Eurozone fällt um 4,6 Punkte und notiert im Mai bei minus 1,7 Punkten. Dieser Wert, der nahe der Nulllinie liegt, deutet darauf hin, dass die Inflationsrate von derzeit 2,6 v.H. auf Sicht von sechs Monaten unverändert bleibt. Der Erwartungssaldo für die Inflationsrate in Deutschland ändert sich im Mai mit einem Plus von 1,3 Punkten auf nun 12,7 Punkte ebenfalls nur leicht. Vor dem Hintergrund der aktuellen Inflationsrate von 2,1 v.H. in Deutschland ist also nach Auffassung der Finanzmarktexperten auf Sicht der nächsten sechs Monate eher mit einem Anstieg der Inflation als mit einem Rückgang zu rechnen.

Christian D. Dick

Konjunkturerwartungen Vereinigte Staaten



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunkturlage in den Vereinigten Staaten in sechs Monaten. Quelle: ZEW

USA: Konjunkturerwartungen verschlechtern sich

Etlliche vorlaufende Konjunkturindikatoren für die Vereinigten Staaten haben sich in den vergangenen Wochen schwächer als erwartet entwickelt. Zu den Enttäuschungen zählen die Auftragseingänge bei den langlebigen Gütern und den Investitionsgütern, die beide im März abnahmen. Folglich überrascht es nicht, dass die Konjunkturerwartungen für die Vereinigten Staaten auf Sicht von sechs Monaten aktuell schwächer als im April 2012 ausfallen. Der entsprechende Saldo verliert 10,9 Punkte und steht nun bei 25,6 Punkten. Andererseits bleibt die Einschätzung der aktuellen konjunkturellen Lage trotz schwacher Produktionsstatistiken – sowohl das Bruttoninlandsprodukt als auch die Industrieproduktion entwickelten sich schwächer als erwartet – vergleichsweise stabil.

Frieder Mokinski

Einschätzung der konjunkturellen Lage Japan



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der aktuellen Konjunkturlage in Japan. Quelle: ZEW

Japan: Lageindikator verbessert sich weiter

Die Einschätzung der aktuellen konjunkturellen Lage in Japan verbessert sich zum dritten Mal in Folge. Die erfreuliche Entwicklung der Industrieproduktion im März dürfte hierzu beigetragen haben: Es wurde ein Anstieg um 1,0 v.H. im Vergleich zum Februar gemessen. Aus Sicht der Finanzmarktexperten hat sich jedoch die Chance auf eine Fortsetzung der erfreulichen konjunkturellen Entwicklung etwas verringert. Hierauf deutet der Rückgang der Konjunkturerwartungen auf Sicht von sechs Monaten hin. Zwei Entwicklungen dürften hierzu beigetragen haben. Einerseits nimmt in Anbetracht der Abnahme der Einzelhandelsumsätze im März das Vertrauen in die Binnenkonjunktur ab. Andererseits dürfte das unsichere weltwirtschaftliche Umfeld die Exportnachfrage belasten.

Frieder Mokinski

INFORMATIONSWIRTSCHAFT

Eingetrübte Lage – positiver Ausblick

Nach der leichten Erholung im vierten Quartal 2011 hat sich die Stimmung in der Informationswirtschaft im ersten Quartal 2012 wieder etwas eingetrübt. Der ZEW Stimmungsindikator Informationswirtschaft geht im ersten Quartal um 3,2 Punkte zurück, zeigt jedoch mit einem Wert von über 58,4 Punkten weiterhin eine expansive Entwicklung an.

Im ersten Quartal 2012 sinkt der Teilindikator der aktuellen Geschäftslage mit 20,5 Punkten deutlich und erreicht einen Wert von 47,4 Punkten. Damit setzt sich die im Schlussquartal 2011 noch positive Entwicklung der Geschäftslage nicht weiter fort. Hierzu gegenläufig verhält sich allerdings der Teilindikator der Geschäftserwartungen für das zweite Quartal 2012, der um 16,1 Punkte auf 71,9 Punkte steigt. Damit ist davon auszugehen, dass sich die konjunkturelle Lage in der Informationswirtschaft im zweiten Quartal 2012 wieder verbessern wird.

Gegenläufige Entwicklungen in der IKT-Branche

Die konjunkturelle Stimmung in der IKT-Branche entspricht weitgehend der Stimmung in der gesamten Informationswirtschaft. Hier spiegelt der leichte Rückgang des Stimmungsindikators um drei Punkte zwei gegenläufige Entwicklungen wider. Einerseits sinkt der Teilindikator der aktuellen Geschäftslage um 27,9 Punkte deutlich auf 43,7 Punkte. Andererseits steigt der Teilindikator der Geschäftserwartungen um 29,6 auf 89,5 Punkte. Insgesamt sind die IKT-Unternehmen also optimis-

tisch, was die nahe Zukunft betrifft. Dies verdeutlicht ebenfalls der Gesamtindikator mit einem Wert von 62,5 Punkten.

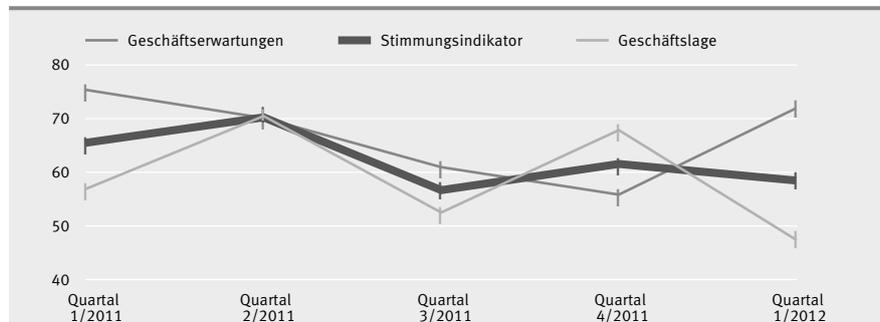
Der konjunkturelle Stimmungsindikator in der Medienbranche sinkt um 17,7 auf 37 Punkte. Dieser Stimmungseinbruch geht hauptsächlich auf eine stark verschlechterte Einschätzung der aktuellen Geschäftslage zurück. Der entsprechende Teilindikator sinkt deutlich um 36,8 auf 33 Punkte, da die Medienunternehmen im ersten Quartal 2012 überwiegend abnehmende Umsätze sowie eine rückläufige Nachfrage zu verzeichnen hatten. Der In-

dikator für die Geschäftserwartungen im nächsten Quartal sinkt zwar nur leicht um 1,4 Punkte, spiegelt jedoch mit einem Wert von 41,5 verhaltene Erwartungen hinsichtlich der konjunkturellen Entwicklung im kommenden Quartal wider.

Der Stimmungsindikator bei den wissensintensiven Dienstleistern geht im ersten Quartal 2012 minimal um 0,9 Punkte auf einen Wert von 58,9 Punkten zurück. Damit setzt sich der Abwärtstrend der konjunkturellen Stimmung bei den wissensintensiven Dienstleistern zwar fort, allerdings auf nach wie vor hohem Niveau. Während der Geschäftslageindikator im Vergleich zum Vorquartal um 9,9 Punkte auf 54,2 Punkte zurückgeht, steigt gleichzeitig der Teilindikator der Geschäftserwartungen für das zweite Quartal 2012 um 8,3 Punkte auf 64,1 Punkte.

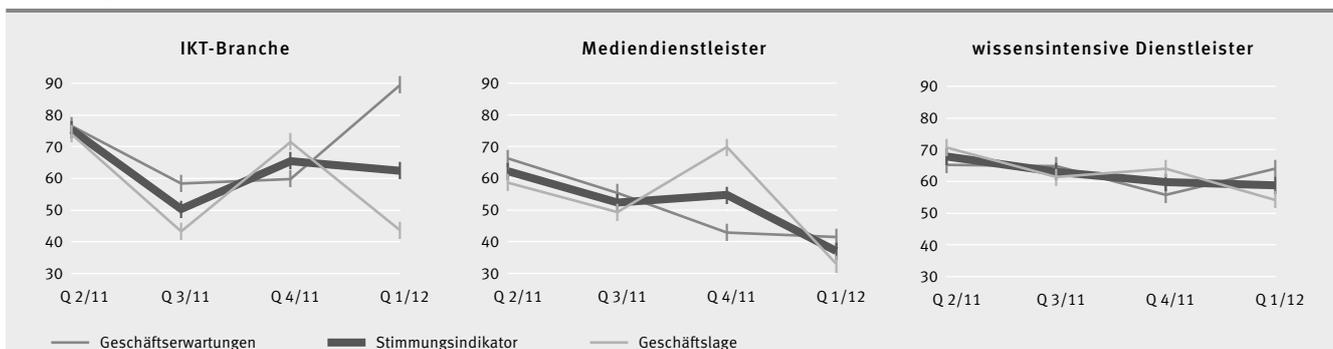
Miruna Sarbu, sarbu@zew.de

ZEW Stimmungsindikator Informationswirtschaft



Lesehilfe: Der ZEW Stimmungsindikator Informationswirtschaft sinkt im Vergleich zum Vorquartal um 3,2 Punkte und erreicht im ersten Quartal 2012 einen Wert von 58,4 Punkten. Der Teilindikator für die aktuelle Geschäftslage geht auf einen Wert von 47,4 Punkte zurück und die Geschäftserwartungen für das zweite Quartal 2012 erhöhen sich auf 71,9 Punkte. Quelle: ZEW

Stimmungsindikatoren der Teilbranchen der Informationswirtschaft



Lesehilfe: Der Stimmungsindikator für die IKT-Branche sinkt im Vergleich zum Vorquartal um 3 Punkte und erreicht im ersten Quartal 2012 einen Wert von 62,5 Punkten. Der Teilindikator für die aktuelle Geschäftslage geht auf einen Wert von 43,7 Punkte zurück und die Geschäftserwartungen für das zweite Quartal 2012 erhöhen sich auf 89,5 Punkte. Quelle: ZEW

Führt Offshoring zu höherem Einkommensrisiko?

Wissenschaftler des ZEW und der Universität Mannheim untersuchen in einer aktuellen Studie den Zusammenhang zwischen Offshoring und Einkommensrisiko – ein Aspekt der bisher in der Literatur kaum Beachtung gefunden hat. Das überraschende Ergebnis: Steigt in einem Sektor die Offshoring-Intensität, nimmt das Einkommensrisiko ab.

Die Frage nach der Volatilität der Einkommen ist bislang in der einschlägigen Literatur deutlich weniger prominent behandelt worden als die Effekte der Globalisierung auf das Niveau der Löhne. Das erscheint verwunderlich, da die öffentliche Debatte aufgrund zunehmender Globalisierung deutlich von der Sorge um ein riskanteres Arbeitsumfeld mit gesteigerter Volatilität geprägt ist. Die vorliegende Studie erweitert den Stand der Forschung um gerade diesen Volatilitätsaspekt, indem sie Offshoring und Einkommensrisiko im Rahmen einer Panelanalyse auf Sektorebene für Deutschland in Verbindung setzt.

Das Einkommensrisiko ist eine un beobachtbare Größe und muss daher durch einen Indikator beschrieben werden. Wichtig ist dabei die Unterteilung des Einkommensrisikos in einen permanenten und einen temporären Teil. Lediglich Schocks auf das Einkommen, welche nicht nach kurzer Zeit auslaufen und daher nicht durch Sparen oder Entsparen „versicherbar“ sind, sind für das Einkommensrisiko von Bedeutung. Diese langfristig wirkenden Schocks sind der Literatur zufolge wohlfahrtsrelevant, da hiervon die langfristigen Spar- und Konsumentscheidungen risikoaverser Individuen betroffen sind. Für die Bestimmung des Einkommensrisikos geht es demnach nicht um eine Variation der Arbeitseinkommen *per se*, sondern um den Teil einer Fluktuation, welcher langfristig bestehen bleibt. Kurzfristige Fluktuationen im Einkommen durch Arbeitslosigkeit und anschließende Wiederbeschäftigung etwa zählen nur insoweit zum permanenten Einkommensrisiko, als sich die Einkommenspfade vor und nach dem Jobwechsel unterscheiden. Nur von diesem langfristigen Effekt hängt in theoretischen Modellen die Höhe des Lebenskonsums ab. Weiterhin werden keine „erwartbaren Schocks“ auf das Einkommen berücksichtigt. Solche Schocks bezeichnen Änderungen im Einkommenspfad, welche zum Beispiel auf eine Änderung im Bildungsniveau zurückzuführen

sind. Um also den sogenannten unerklärten Teil des Arbeitseinkommens zu messen, werden zunächst Lohngleichungen auf individueller Ebene geschätzt. Das individuelle Arbeitseinkommen wird durch beobachtbare und erwartbare Faktoren wie beispielsweise Alter, Geschlecht und Bildungsniveau, aber ebenso Firmengröße und -standort sowie weitere Sektoreigenschaften erklärt. Der unter Berücksichtigung dieser Variablen verbleibende unerklärte Teil ist der Residualterm, welcher die Grundlage für die Messung des Einkommensrisikos bildet. Aus diesem lässt sich der Teil des Einkommens ableiten, der nicht auf beobachtbare Variablen zurückzuführen ist und demnach unerwartete Effekte charakterisiert. Es sind langfristige Veränderungen in diesem Residualterm, die gemäß der hier verwandten Definition Einkommensrisiko darstellen. Präzise gesagt ist es die Varianz der Veränderung dieser Komponente, welcher hier die Hauptrolle zukommt. An dieser Stelle der Analyse wird der permanente Teil des Einkommensrisikos vom transitorischen getrennt. Permanentes Einkommensrisiko schließt nur die Varianz solcher Veränderungen ein, welche bis zum Ende des Beobachtungszeitraums bestehen bleiben. Es ist eine Variable, deren Veränderung mit theoretisch fundierten Wohlfahrtseffekten einhergeht, da langfristige Änderungen sich auf individuelles Spar- und Konsumverhalten auswirken.

Offshoring entspricht Produktionsverlagerung

Bevor das permanente Einkommensrisiko zu Offshoring in Verbindung gesetzt werden kann, bedarf es einer Definition der Offshoringvariable. Offshoring meint hier die Verlagerung von Produktionsaktivitäten des verarbeitenden Gewerbes ins Ausland – in der Regel auf Grund eines Kostenvorteils in der Produktion dort. Eine Unterscheidung zwischen Transaktionen innerhalb einer Firma und zwischen zwei rechtlich getrennten Unternehmen

wird nicht vorgenommen. In dieser Studie wird, der Literatur folgend, die Idee verwendet, dass in der ausländischen Produktion Güter hergestellt werden, welche anschließend wieder ins Inland zurückgeführt werden. Demnach kann die Intensität des Offshoring über Daten zum Außenhandel angenähert werden. Im Detail wird hierbei auf jährliche Input-Output Tabellen des Statistischen Bundesamtes zurückgegriffen, welche es ermöglichen, die Verwendung aller importierten Zwischenprodukte nach Sektoren genau zu verfolgen. Offshoring wird schließlich definiert als derjenige Anteil der importierten Zwischenprodukte am gesamten Produktionswert eines Sektors, der dem gleichen Sektor im Ausland entsprungen ist. Die Logik liegt auf der Hand: Entspringt das Zwischenprodukt dem gleichen Sektor, hätte es prinzipiell im Inland hergestellt werden können. Klassische Importprodukte wie etwa Rohstoffe zählen somit nicht zum Offshoring. Um die Analyse der Theorie, vor allem aber der öffentlichen Diskussion, anzupassen, unterscheiden wir weltweites Offshoring von Offshoring in Richtung von Nicht-OECD Ländern, welche häufig durch ihr niedriges Lohnniveau als besondere Konkurrenz gesehen werden. Ein Blick auf die Daten zeigt eine deutliche Zunahme der Offshoring-Intensität gerade in Nicht-OECD Länder über den Beobachtungszeitraum von 1999-2005.

Einen ersten Eindruck der Beziehung zwischen Offshoring-Intensität und Einkommensrisiko vermittelt die Abbildung. Diese zeigt deutlich, wie Offshoring im Zeitverlauf zugenommen hat. Zwar ist der Absolutwert gering, die Veränderung jedoch beeindruckend. Im Jahr 2005 ist die Offshoring Intensität um gut zwei Drittel höher als noch 1999. Das Einkommensrisiko hingegen ist über die Zeit gesunken, wenn auch nicht in jeder Periode. Die Standardabweichung der „unerwarteten“ Veränderung des Einkommens lag 2005 bei ungefähr 6 v.H. Diese aggregierte Evidenz mag als Motivation einer Analyse dienen. Eine belastbare Aussage über den Zusammenhang zwischen Offshoring und Einkommensrisiko lässt sich jedoch erst mit etwas aufwendigeren Methoden erzielen. Auf Grundlage der sektoralen Maße für das Einkommensrisiko und der Offshoring-Intensität wird deren Beziehung daher anhand ökonomischer Mo-

delle analysiert. Wir schätzen dazu ein lineares Panelmodell mit fixen Effekten für Sektoren und Jahre. Letztere fixe Effekte kontrollieren in der Sektordimension für zeitinvariante Faktoren und den Durchschnittswert des Einkommensrisikos. In der Zeitdimension werden alle über die Sektoren identischen Trends aufgefangen. Somit wird der Effekt von Offshoring auf das Einkommensrisiko darüber identifiziert, inwieweit Sektoren mit unterschiedlicher Veränderung der Offshoring-Intensität unterschiedliche Veränderungen im Einkommensrisiko erleben.

Erstaunliches Ergebnis: Offshoring senkt Einkommensrisiko

Die Ergebnisse sind erstaunlich. Eine höhere Offshoring-Intensität ist signifikant negativ mit dem Einkommensrisiko korreliert. Das bedeutet: Steigt die Offshoring-Intensität, sinkt das Einkommens-

haben. Diese Einschätzung wird beispielsweise vom Sachverständigenrat im Jahresgutachten 2011 vertreten. Ein Grund könnten relativ zum Ausland höhere Anpassungskosten sein. Somit würden die Tätigkeiten mit inhärent höherem Einkommensrisiko ins Ausland verlagert und die im Inland verbleibenden Jobs wären im Durchschnitt weniger risikoreich.

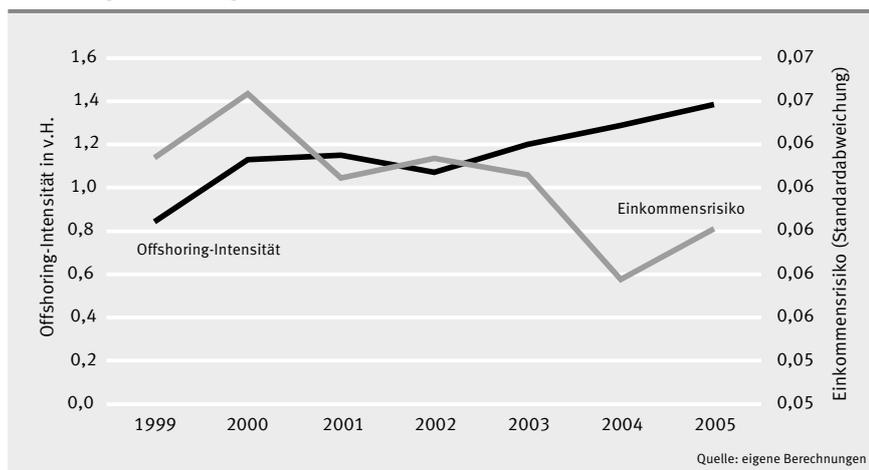
Eine solche Überlagerung erscheint gerade mit Blick auf die oft weniger stark regulierten Arbeitsmärkte in Nicht-OECD Ländern relevant. Zudem werden hier ausländischen Firmen teilweise Sonderrechte bezüglich der Arbeitsmarktinstitutionen gewährt, um den Standort für ausländische Firmen attraktiv zu machen. Der angesprochene Effekt gilt bei einer gegebenen Korrelation zwischen Arbeitsmarktvolatilität und permanentem Einkommensrisiko, von der auszugehen ist. Daran schließt sich unmittelbar die Frage an, ob dieser an sich zu begrüßende Effekt

ringerung des Einkommensrisikos bei gleichzeitig stark gesunkenem Lohnniveau wäre schwerlich wünschenswert. Zu einem solchen Pessimismus gibt ein Blick in die relevante Literatur jedoch keinen Anlass. Das allgemeine Lohnniveau scheint von gesteigertem Offshoring nicht signifikant beeinflusst zu sein. Demnach erscheint es auf Grundlage der hier dargestellten Forschungsergebnisse möglich, dass Offshoring über den Wirkungskanal des Einkommensrisikos wohlfahrtssteigernd wirken kann.

Im Licht eines Vergleiches zur bestehenden Forschungsliteratur sind die Ergebnisse ebenfalls bemerkenswert. Globalisierung und Einkommensrisiko sind bereits in Verbindung gesetzt worden. Jedoch wurden andere Maße für den gesteigerten Einfluss globaler Kräfte auf den Arbeitsmarkt analysiert. Krebs et al. (2010) identifizieren beispielsweise in einer Studie über die mexikanische Volkswirtschaft einen das permanente Einkommensrisiko steigernden Effekt durch allgemeine Handelsliberalisierung. Für die Vereinigten Staaten von Amerika finden Krishna und Senses (2011) ebenfalls einen Anstieg des permanenten Einkommensrisikos, hier bedingt durch einen gesteigerten Importanteil am inländischen Konsum. Beiden Studien ist jedoch gemein, dass sie auf recht allgemeine Maße zur Beschreibung von Phänomenen der Globalisierung setzen. Offshoring ist in dieser Hinsicht anders. Es bietet die Möglichkeit der oben erwähnten effizienten Anpassung an sektorale Gegebenheiten auf dem Arbeitsmarkt, beispielweise um Anpassungskosten in volatilen Märkten zu umgehen. Daher überrascht das vermeintlich konträre Ergebnis auf den zweiten Blick weniger. Vielmehr fügt die vorliegende Studie der Debatte über die ökonomische Bedeutung der Globalisierung ein weiteres Element hinzu. Ein Element, welches eine optimistische Perspektive auf die internationale Arbeitsteilung erlaubt.

Jan Hogrefe, hogrefe@zew.de

Abbildung: Offshoring und Einkommensrisiko



risiko. Dieses Ergebnis erweist sich über verschiedene Spezifikationen als äußerst robust. Variationen in der Schätzmethodik verändern die Ergebnisse ebenfalls kaum. Im Durchschnitt ist eine Erhöhung der in v.H. gemessenen Offshoring-Intensität in nicht-OECD Länder um einen Prozentpunkt mit einer Verringerung des Einkommensrisikos um etwa 40 v.H., gemessen am Ausgangswert, verbunden. Ein etwas geringerer Effekt ist zu verzeichnen, wenn die Produktion in OECD Länder ausgelagert wird.

Was kann sich hinter einem solchen Effekt verbergen? Eine Möglichkeit ist, dass Unternehmen in Deutschland besonders solche Aktivitäten auslagern, die relativ volatile sektorale Arbeitsmärkte

eines geringeren Einkommensrisikos durch höhere Arbeitslosigkeit teuer erkauf ist. Hier ist die Forschungsliteratur jedoch relativ optimistisch. Ein direkter Zusammenhang zwischen Offshoring und langfristigem Arbeitsplatzabbau konnte auf Sektorebene nicht eindeutig nachgewiesen werden.

Vielmehr gibt es zahlreiche Hinweise auf produktivitätssteigernde Effekte durch Offshoring, die sich in höherer Beschäftigung niederschlagen. Hierbei ist es jedoch von entscheidender Bedeutung, wie reibungslos die Wiederbeschäftigung eines Arbeitnehmers, der seinen Job aufgrund von Offshoring verloren hat, gelingt. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Frage nach dem Lohnniveau. Eine Ver-

Literatur:

- Hogrefe, J. und Y. Yao (2012): Offshoring and Labor Income Risk, ZEW Discussion Paper No. 12-025, Mannheim.
- Krebs, T., P. Krishna und W. Maloney (2010): Trade policy, income risk, and welfare, *Review of Economics and Statistics* 92, 467–481.
- Krishna, P. und M. Senses (2009): International trade and labor income risk in the United States, NBER Working Paper.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2011): Verantwortung für Europa wahrnehmen, Jahresgutachten 2011/12, Wiesbaden.

Was erklärt die zunehmende Persistenz von Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland?

Angesichts steigender Lohnungleichheit am unteren Ende der Lohnverteilung hat der Niedriglohnsektor in Deutschland erheblich an Bedeutung gewonnen. Gleichzeitig lässt sich eine Zunahme der Persistenz einer Beschäftigung im Niedriglohnsektor beobachten. Die Ursachen für diese sinkende Aufwärtsmobilität sind indes noch ungeklärt.

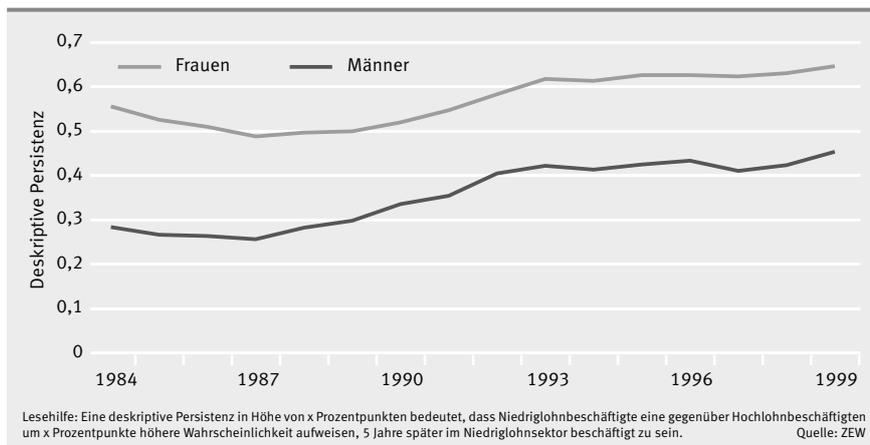
Für die abnehmende Aufwärtsmobilität gibt es unterschiedliche Erklärungsansätze: Eine mögliche Ursache liegt in der Zunahme „echter“ Persistenz im Sinne genuiner Zustandsabhängigkeit. „Echte“ Persistenz bildet den kausalen Effekt einer Niedriglohnbeschäftigung ab und beschreibt somit, inwieweit allein der Umstand, sich bereits im Niedriglohnsektor zu befinden, einen weiteren Aufstieg behindert. Als Gründe hierfür sind beispiels-

weise etwaige Stigmatisierungseffekte und mögliche Humankapitalentwertungen zu nennen. Eine alternative Erklärung für die sinkenden Aufstiegschancen liegt in einer ungünstigeren Zusammensetzung des Niedriglohnsektors. Diese ist möglicherweise von Relevanz, da die Aufstiegschancen maßgeblich durch individuelle Eigenschaften wie das Alter oder den Bildungsstand bestimmt werden und die Zusammensetzung des Niedriglohn-

sektors sich hinsichtlich dieser Merkmale verändert hat. Ziel der vorliegenden Studie ist es daher, die Bedeutung beider Erklärungsansätze zu quantifizieren.

Als Datengrundlage für die Studie dient die IAB-Beschäftigtenstichprobe als 2 v.H.-Zufallsstichprobe der Beschäftigtenstatistik (IABS) für den Zeitraum 1984 bis 2004 in Westdeutschland. Zur Grundgesamtheit dieser Datenbasis zählen sozialversicherungspflichtig Erwerbstätige – Beamte, Selbständige sowie mithelfende Familienangehörige sind darin nicht erfasst. Da die IABS keine genauen Angaben zur Arbeitszeit enthält, ist eine direkte Vergleichbarkeit der Vollzeit- und Teilzeilöhne nicht möglich. Aus diesem Grunde konzentriert sich die Analyse auf sozialversicherungspflichtige Vollzeit-arbeitskräfte. Um die Aufstiegschancen im Niedriglohnsektor quantifizieren zu können, werden Beschäftigte zunächst anhand ihrer Position in der Lohnverteilung dem Niedriglohn- und Hochlohnsektor zugeordnet. In Einklang mit der empirischen Literatur wird die Niedriglohnschwelle hierbei als 2/3 des Medianlohnes festgesetzt.

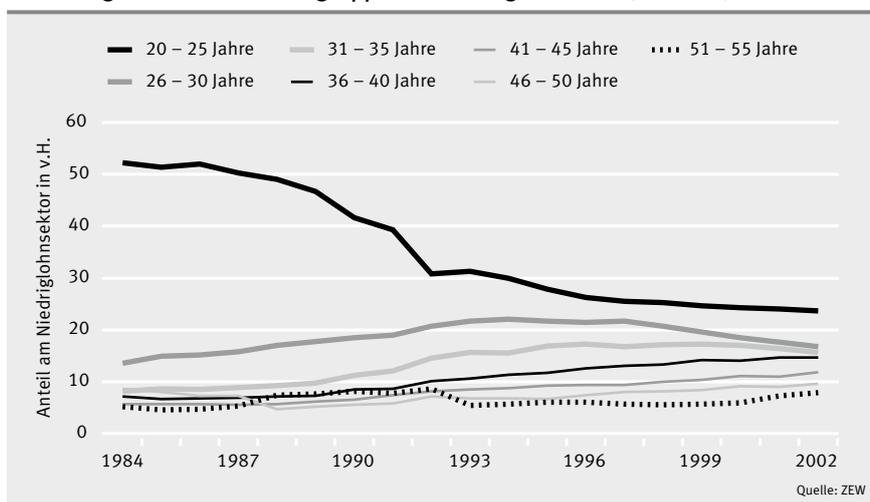
Abbildung 1: Deskriptive Persistenz im Zeitverlauf nach Geschlecht, 1984 – 1999



Deskriptive Entwicklung der Aufstiegsmobilität

Zur Beschreibung der Aufstiegschancen bietet sich zunächst die deskriptive Persistenz einer Niedriglohnbeschäftigung an – je höher diese ausfällt, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, in den Hochlohnsektor aufzusteigen. Eine deskriptive Persistenz in Höhe von beispielsweise 30 Prozentpunkten bedeutet, dass Niedriglohnbeschäftigte eine gegenüber Hochlohnbeschäftigten um 30 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit aufweisen, 5 Jahre später im Niedriglohnsektor beschäftigt zu sein. Abbildung 1 stellt den Verlauf der Niedriglohnpersistenz über den Zeitraum 1984 bis 1999 getrennt für Männer und Frauen dar. Die Werte zeigen, dass die Persistenz einer Niedriglohnbeschäftigung für beide Geschlechter in Westdeutschland über den betrachteten Zeitraum einen deutlich steigenden Trend aufweist. Für Männer hat sich die Persistenz einer Niedriglohn-

Abbildung 2: Anteil der Altersgruppen im Niedriglohnsektor, Männer, 1984 – 2002

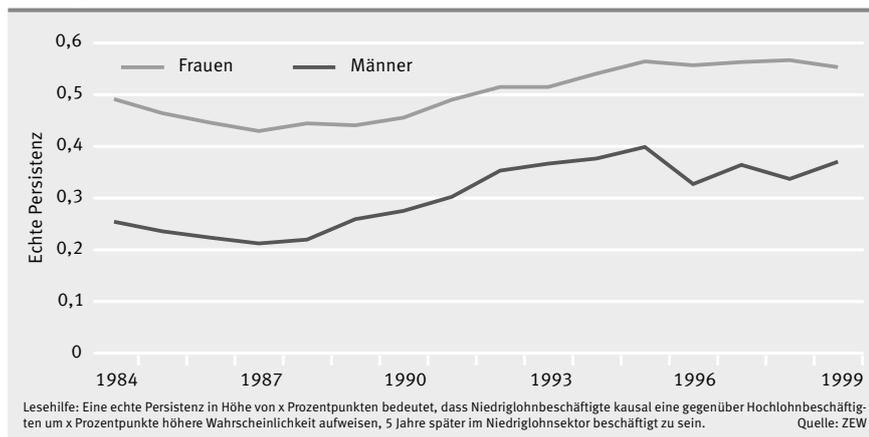


beschäftigung besonders stark erhöht: Wiesen niedrig entlohnte Männer 1984 noch eine Persistenz von 30 Prozentpunkten auf, so betrug der Unterschied zwischen Verbleibs- und Eintrittsquote im Niedriglohnsektor 1999 um die 45 Prozentpunkte.

den für alle Beschäftigten zunächst zwei Übergangswahrscheinlichkeiten berechnet: i) die Wahrscheinlichkeit aus dem Hochlohnsektor in den Niedriglohnsektor einzutreten und ii) die Wahrscheinlichkeit ausgehend von einer anfänglichen Niedriglohnbeschäftigung im Niedriglohnsektor

wurde, kann die Veränderung teils auf eine veränderte Komposition des Niedriglohnsektors sowie teils auf veränderte Preiseffekte zurückgeführt werden. Um den Anteil beider Faktoren am beobachteten Anstieg der echten Persistenz im Niedriglohnsektor zu quantifizieren, wird in einem letzten Schritt eine Oaxaca-Blinder-Dekomposition durchgeführt (siehe Oaxaca 1973, Blinder 1973). Diese zerlegt die Veränderung der echten Persistenz in einen Koeffizienten- und einen Kompositionseffekt. Mithilfe der Dekomposition zeigt sich, dass je nach Referenzjahr zwischen 35 und 54 v.H. des Anstiegs der echten Persistenz für im Niedriglohnsektor Beschäftigte in den 1990er Jahren durch eine ungünstigere Zusammensetzung des Niedriglohnsektors erklärt werden können.

Abbildung 3: Entwicklung der „echten“ Persistenz für Beschäftigte des Niedriglohnsektors, nach Geschlecht, 1984 – 1999



Ebenfalls heterogen ist die deskriptive Persistenz bezogen auf unterschiedliche Altersgruppen (nicht im Schaubild). Wiesen 1999 Beschäftigte in der Altersgruppe unter 26 Jahren eine Persistenz von 29 Prozentpunkten auf, so betrug die deskriptive Persistenz in der Altersgruppe über 50 fast 80 Prozentpunkte. Gleichzeitig ist zu beobachten, dass der Anteil jüngerer Beschäftigter im Niedriglohnsektor zwischen 1984 und 1999 erheblich abgenommen hat. Während 1984 gut jeder zweite männliche Beschäftigte im Niedriglohnsektor unter 26 war, so war es 1999 nur noch knapp jeder vierte (siehe Abbildung 2). Dieser Rückgang ist wesentlich ausgeprägter als im Hochlohnsektor, wo der Anteil jüngerer Beschäftigter nur um 7 Prozentpunkte sank. Diese Entwicklung verdeutlicht, dass die veränderte Alterskomposition des Niedriglohnsektors einen möglichen Erklärungsansatz für den zunehmenden Verbleib im Niedriglohnsektor bietet

Entwicklung der „echten“ Persistenz von Niedriglohnbeschäftigung

Im nächsten Schritt soll untersucht werden, in welchem Ausmaß der zunehmende Verbleib im Niedriglohnsektor auf einen Anstieg der „echten“ Persistenz zurückgeführt werden kann. Um die „echte“ Persistenz für jedes Jahr zu ermitteln, wer-

tor zu verbleiben. Da ein Individuum im Anfangszustand entweder oberhalb oder unterhalb der Niedriglohnschwelle verdient, bildet eine der beiden Wahrscheinlichkeiten für jedes Individuum eine kontrafaktische Situation ab. Zur Bestimmung dieser Wahrscheinlichkeiten wird ein trivariates Probit-Modell mithilfe eines simulierten Maximum-Likelihood-Schätzers geschätzt (Cappellari und Jenkins 2003). Die Differenz dieser beiden Wahrscheinlichkeiten misst für jede/n Beschäftigte/n schließlich Unterschiede in den Übergangswahrscheinlichkeiten abhängig von der Ausgangsentlohnung und spiegelt somit die individuelle „echte“ Persistenz einer Niedriglohnbeschäftigung wider.

Abbildung 3 zeigt den Verlauf der durchschnittlichen echten Persistenz für im Niedriglohn beschäftigte Männer und Frauen. Aus der Abbildung geht hervor, dass Männer im Mittel eine geringere Wahrscheinlichkeit aufweisen, allein wegen einer Niedriglohnbeschäftigung weiterhin niedrig entlohnt zu werden. Für im Niedriglohnsektor Beschäftigte hat die durchschnittliche echte Persistenz sowohl für Frauen als auch für Männer vor allem im Zeitraum von 1987 bis 1995 deutlich zugenommen.

Da der Verlauf der echten Persistenz in Abbildung 3 als Durchschnitt über alle Individuen im Niedriglohnsektor ermittelt

Fazit

Unsere Analyse zeigt, dass der westdeutsche Arbeitsmarkt eine Ausweitung der Niedriglohnbeschäftigung und eine Verschlechterung der Aufstiegschancen aus dem Niedriglohnsektor in den Hochlohnsektor erfahren hat. Gleichzeitig ist zu beobachten, dass sich die Zusammensetzung des Niedriglohnsektors erheblich verändert hat. So ist der Anteil jüngerer Beschäftigter im Niedriglohnsektor zwischen 1984 und 1999 deutlich zurückgegangen. Die Ergebnisse einer Dekompositionsanalyse zeigen, dass bis zu 54 v.H. des Anstiegs der echten Persistenz für im Niedriglohnsektor Beschäftigte in den 90er Jahren auf Veränderungen in der Komposition des Niedriglohnsektors zurückzuführen sind. Dies impliziert, dass mögliche Politikmaßnahmen unter anderem auf die Förderung verbesserter Qualifikationen der Beschäftigten sowie vor allem der Weiterbildung älterer Arbeitnehmer/innen im Niedriglohnsektor abzielen sollten.

Bodo Aretz, aretz@zew.de
Nicole Gürtzgen, guertzgen@zew.de

Literatur:

- Aretz, B. und N. Gürtzgen (2012): The Evolution of Wage Mobility in the German Low-Wage Sector – Is There Evidence for Increasing State Dependence?, erscheint in Kürze als: ZEW Discussion Paper.
- Blinder, A.S. (1973): Wage Discrimination: Reduces Form and Structural Estimates, *Journal of Human Resources* 8, 436-455.
- Cappellari, L. und S. Jenkins (2003): Multivariate Probit Regression Using Simulated Maximum Likelihood, *Stata Journal* 3, 278-294.
- Oaxaca, R. (1973): Male-Female Wage Differentials in Urban Labour Markets, *International Economic Review* 14, 693-709.

Nachrichtenschocks als treibende Kraft der gesamtwirtschaftlichen Dynamik

Konjunkturzyklen um einen langfristigen Trend entstehen als Resultat unvorhersehbarer Impulse oder Schocks. Welche Arten von Schocks wesentlich für das Konjunkturgeschehen sind, ist ein empirisch und theoretisch umstrittenes Thema in der makroökonomischen Literatur und bildet eine der Kernfragen der Konjunkturforschung.

Nachrichtenschocks – „news“ Schocks – werden neuerdings als wichtige Ursache für Konjunkturzyklen gehandelt. Dieser Aufsatz erläutert, was man unter Nachrichtenschocks versteht und weshalb sie für Wissenschaft und Wirtschaftspolitik von erheblicher Bedeutung sind.

Unter Makroökonomien herrschte bis in die 70er Jahre die Sichtweise, dass Konjunktur ein nachfrageseitiges Phänomen ist. Eine gängige Schlussfolgerung daraus für die Wirtschaftspolitik ist, dass der Staat konjunkturellen Schwankungen und damit Rezessionen mit aktiven nachfrageorientierten Maßnahmen entgegenwirken sollte. Im Kontrast hierzu steht die Anfang der 80er Jahre eingeführte Theorie realer Konjunkturzyklen (Real Business Cycles: RBC). Diese interpretiert angebotsseitige Impulse, vor allem Technologie-Schocks, nicht nur als wichtige Größe für langfristiges Wachstum, sondern darüber hinaus als eine treibende Kraft hinter Konjunkturzyklen.

Falls diese Vermutung zutrifft, bedeutet dies, dass eine nachfrageorientierte Konjunkturpolitik Konjunkturzyklen nicht dämpft, sondern verstärkt. Ein Konjunkturpaket als Antwort auf einen angebotsseitigen Schock würde im RBC-Rahmen lediglich die Anpassung an das optimale Gleichgewicht verlangsamen und damit die Wohlfahrt senken.

Die ursprünglichen RBC-Modelle, die zur Klasse der sogenannten dynamischen stochastischen allgemeinen Gleichgewichtsmodelle (DSGE-Modelle) gehören, wurden im Laufe der Jahre sowohl um detaillierte Beschreibungen von Schocks als auch um verschiedene makroökonomische Mechanismen erweitert. DSGE-Modelle erfreuen sich mittlerweile großer Beliebtheit in der Makroökonomie sowie bei wirtschaftspolitischen Entscheidungsträgern und werden oft zur Konjunkturanalyse oder für Prognosezwecke eingesetzt. Diese makroökonomischen Modelle be-

inhalten üblicherweise nachfrageseitige und angebotsseitige Schocks als potenziell treibende Kräfte der gesamtwirtschaftlichen Dynamik. Sie können somit dazu dienen, eine Antwort auf die Frage zu finden, welche Arten von Schocks für Konjunkturzyklen von Bedeutung sind.

Nachrichtenschocks

Bereits in den 80er und 90er Jahren des letzten Jahrhunderts hat eine kleine Anzahl von Forschern Nachrichtenschocks als einen potenziell wichtigen Auslöser von konjunkturellen Schwankungen berücksichtigt. Als man erkannte, dass Nachrichtenschocks im neoklassischen Umfeld allgemein bekannte empirische Eigenschaften von makroökonomischen Zeitreihen nicht generieren können, verloren sie aber erheblich an Bedeutung. Somit spielten Nachrichtenschocks in der modernen Konjunkturtheorie bis vor kurzem kaum eine Rolle. Erst vor wenigen Jahren erlangte die Vorstellung von Nachrichtenschocks als einem potenziell wichtigen Auslöser konjunktureller Schwankungen durch empirischen Beobachtungen sowie die daraus abgeleitete modifizierte Modellierung durch Paul Beaudry und Franck Portier wieder Bedeutung.

Die Grundidee von Nachrichtenschocks ist eine ganz einfache: Änderungen durch exogene Impulse in den Erwartungen der Wirtschaftssubjekte über die zukünftige Entwicklung der „gesamtwirtschaftlichen Fundamente“ führen in der Periode, in der diese Impulse entstehen, schon zu Änderungen in dem Verhalten der Wirtschaftssubjekte, ohne dass der gesamtwirtschaftliche Rahmen sich zunächst dabei ändert. Hierbei versteht man unter Wirtschaftssubjekten ökonomische Entscheidungsträger wie Firmen, Konsumenten, Investoren oder den Staat. Der Begriff „gesamtwirtschaftliche Fundamente“ bezieht sich auf die ökonomischen Rahmen-

bedingungen einer Volkswirtschaft, wie beispielsweise den technologischen Zustand, das Niveau des Humankapitals, die demografischen Gegebenheiten, das Steuersystem oder die geldpolitischen Regeln der Zentralbank. Im Folgenden wird das Konzept eines technologischen Nachrichtenschocks erläutert.

Technologische Nachrichtenschocks

In gängigen modernen makroökonomischen Modellen wird in der Regel unterstellt, dass beispielsweise der technologische Zustand einer Volkswirtschaft durch die totale Faktorproduktivität (TFP) in einer Produktionsfunktion verkörpert wird. Dabei ist die TFP exogenen Schocks ausgesetzt. Falls positive (oder negative) Schocks den TFP-Prozess in einer Periode treffen, steigt die TFP in dieser Periode über (unter) ihre langfristige Wachstumsrate an. Zwei Arten von Schocks auf die TFP können dabei unterschieden werden. Konventionelle neutrale Technologieschocks beeinflussen die makroökonomischen Größen unverzüglich. In einem herkömmlichen RBC-Modell beispielsweise steigen Konsum, Investitionen, Arbeitsstunden und Output unmittelbar nach dem Auftreten eines positiven neutralen Technologieschocks an.

Im Gegensatz dazu werden Nachrichtenschocks als Schocks definiert, die von zukünftigen Entwicklungen in der TFP berichten. Dies kann zum Beispiel ein Durchbruch in der Grundlagenforschung sein, der erhebliche Innovationsmöglichkeiten in der Zukunft bietet. Effekte solcher Schocks zeigen sich nicht kurzfristig in der TFP aufgrund der Zeit, die man für die Implementierung neuer Technologien benötigt. Jedoch können rationale Wirtschaftssubjekte solche zukünftigen technologischen Entwicklungen antizipieren und ihr Verhalten vor der Beobachtung der tatsächlichen Realisierung gemäß ihren Erwartungen schon entsprechend anpassen. Angenommen Haushalte erwarten in der aktuellen Zeitperiode, dass es in zwei Perioden einen überdurchschnittlichen technologischen Fortschritt geben wird. Dieser führt zu einem Anstieg in ihrem erwarteten langfristigen Einkommen, wes-

halb die Haushalte sofort beginnen, mehr zu konsumieren. Firmen steigern ihre Investitionen bereits in der aktuellen Periode, damit sie mit hinreichend Kapital ausgestattet sind, um die Früchte des erwarteten technologischen Fortschritts nach zwei Perioden zu ernten. Dies wiederum führt zu einem Anstieg in der Arbeitsnachfrage und folglich Arbeitsstunden und Reallöhnen.

Als ein prominentes Beispiel zur konkreten Darstellung des Konzepts von Nachrichtenschocks kann die Entwicklung der neuen Airbus A320neo Reihe dienen. Airbus hat im Dezember 2010 die Entwicklung der neuen A320 Reihe gestartet. Der Plan war und ist immer noch, den A320 mit einem neuem Triebwerk und modifizierten Flügeln auszustatten, so dass die Maschine ungefähr 16 v.H. weniger Kerosin verbraucht. Kurz nach der Ankündigung dieser geplanten Veränderung durch Airbus wurde in den Nachrichten berichtet, dass die indische Fluggesellschaft IndiGo Airlines 180 Flugzeuge des neuen Typs bestellt hat. Das interessante dabei ist, dass Airbus die Lieferung des ersten A320neo an IndiGo erst für Oktober 2015 zugesichert hat. Wenige Zeit später, auf der Paris Air Show 2011 hatte Airbus dann bereits 667 Bestellungen für den modifizierten A320 erhalten. Über zwei Kanäle dürften sich Nachrichtenschocks in diesem Beispiel auf die privaten Haushalte ausgewirkt haben. Das Vermögen der Besitzer von Aktien von EADS, der Muttergesellschaft von Airbus, ist vermutlich durch diese Nachricht angestiegen. Darüber hinaus ist zu erwarten, dass Airbus Produktionsstätten ausgeweitet und dabei neue Mitarbeiter eingestellt hat. Dieses Beispiel macht deutlich, wie die Ankündigung einer zukünftigen technologischen Entwicklung einige wirtschaftliche Größen sogar Jahre vor der Verwirklichung beeinflussen kann.

Messung von Nachrichtenschocks

Das vorangehende Airbus-Beispiel veranschaulicht die Wirkung von technologischen Nachrichtenschocks auf mikroökonomischer Ebene. Konjunkturforscher sind für ihre Analysen jedoch typischerweise auf makroökonomische aggregierte Daten angewiesen. Hieraus resultiert die Frage: Wie sollen Nachrichtenschocks und deren Auswirkung auf eine Volkswirtschaft gemessen werden? Beaudry und Portier (2006) schlagen in ihrer Studie

vor, technologische Nachrichtenschocks anhand von Informationen, die in vorausschauenden Variablen enthalten sind, zu schätzen. Als vorausschauende Variable haben die Autoren den Aktienkursindex in ihre empirische Analyse eingebaut.

Beaudry und Portier schätzen in ihrer Studie zunächst vektorautoregressive Modelle mit zwei Variablen: die TFP und ein Aktienkursindex für die Vereinigten Staaten. Um Nachrichtenschocks zu identifizieren, führen die Autoren in ihr Modell die Restriktion ein, dass ein Nachrichtenschock die TFP in der Periode, in der er auftritt, nicht beeinflussen darf, den Aktienkursindex hingegen schon. Diese Restriktion basiert auf der Annahme, dass Investoren zukünftige Entwicklungen in der TFP voraussehen können und beispielsweise im Fall eines positiven Nachrichtenschocks die Aktien betreffender Unternehmen stärker nachfragen und somit die jeweiligen Kurse nach oben treiben. Nachdem Nachrichtenschocks auf diese Weise aus den Daten herausgefiltert wurden, schätzen Beaudry und Portier anhand des gleichen Modells eine zweite Schockart, nämlich einen permanenten Technologieschock. Dieser wird in der empirischen Analyse so restringiert, dass er langfristig die einzige treibende Kraft der TFP darstellt. Die Autoren finden eine sehr hohe Korrelation zwischen Nachrichtenschocks und permanenten Technologieschocks, was auf einen hohen Technologiegehalt von Nachrichtenschocks in diesem Zusammenhang hinweist. Darüber hinaus ergibt sich nach Erweiterung des Modells durch Größen wie Konsum oder Investitionen, dass solche Nachrichtenschocks einen hohen Erklärungsgehalt für die Volatilität dieser Variablen über den Konjunkturzyklus haben.

Bedeutung von Nachrichtenschocks

Die beschriebene Studie ist auf großes Interesse unter internationalen Konjunkturforschern gestoßen. Unter anderem haben Autoren wie beispielsweise Haertel und Lucke (2008) für die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland die Relevanz technologischer Nachrichtenschocks belegt. Diese Ergebnisse deuten auf eine wichtige Rolle von Nachrichtenschocks für die konjunkturelle Entwicklung hin. Daraus lassen sich zwei maßgebliche Schlussfolgerungen ableiten, die im Folgenden kurz dargelegt werden.

Die erste Schlussfolgerung betrifft

die theoretische Modellierung der Gesamtwirtschaft. Bei der Erforschung eines Sachverhalts denken die meisten Makroökonomien zunächst im Rahmen eines einfachen Modells, wie des neoklassischen Modells mit vollkommenen Märkten, rationalen Agenten, vollständiger Information und ohne Preisrigiditäten. Eine solche Struktur ist nützlich, um von einigen Mechanismen, welche für manche Fragestellungen überflüssig sind, zu abstrahieren. Es wurde jedoch gezeigt, dass Nachrichtenschocks in einem solchen Umfeld viele Eigenschaften der Realität nicht nachzeichnen können. Also brauchen Makroökonomien einen umfassenderen Modellrahmen, um die Effekte von Nachrichtenschocks adäquat darstellen zu können, die fundamental für konjunkturelle Schwankungen sind.

Die zweite Schlussfolgerung gilt für die Wirtschaftspolitik, welche Nachrichtenschocks explizit Rechnung tragen muss. Man stelle sich vor, Investoren erwarten einen technologischen Sprung in vier Perioden, welcher dann doch ausbleibt. Dies würde zunächst einen konjunkturellen Aufschwung und dann nach der vierten Periode eine Anpassung zum alten Gleichgewicht, also einen Abschwung der Konjunktur auslösen. Falls Entscheidungsträger einen solchen Abschwung als ein nachfrageseitiges Phänomen erfassen und ihm mit einer Nachfragepolitik entgegenwirken, würden sie nur die Anpassung verlangsamen und damit genau das Gegenteil ihres ursprünglichen Ziels, der Stabilisierung des Konjunkturzyklus, erreichen.

In diesem Aufsatz wurde auf die Bedeutung des Begriffs Nachrichtenschock für makroökonomische Analysen am Beispiel einer angebotsseitigen TFP-Interpretation eingegangen. Der Begriff kann ebenso auf nachfrageseitige Impulse angewendet werden. Die Literatur untersucht beispielsweise die auf künftig geplante Regierungsausgaben entstehenden Auswirkungen. Modelle, die Nachrichtenschocks nicht einbeziehen, vernachlässigen einen potenziell wichtigen Faktor für die gesamtwirtschaftliche Dynamik.

Atilim Seymen, seymen@zew.de

Literatur:

- Beaudry, P. und F. Portier (2006): Stock Prices, News, and Economic Fluctuations, *American Economic Review* 96, 1293-1307.
- Haertel, T. und B. Lucke (2008): Do News Shocks Drive Business Cycles? Evidence from German Data. *Economics – The Open-Access, Open-Assessment E-Journal* 2, 1-21.

Stimmungswandel in der Europäischen Union

In der Bevölkerung der Europäischen Union (EU) vollzieht sich seit einiger Zeit ein Stimmungswandel, der nun bei Wahlen quer durch Europa durchschlägt und zu Regierungswechseln führt. Diese veränderte politische Landschaft wird sich bei den anstehenden europapolitischen Entscheidungen bemerkbar machen.

Bereits die Ausgabe des Eurobarometers der europäischen Kommission vom Dezember 2011 zeigte, dass die EU-Bürger nicht mehr mehrheitlich hinter den politischen Institutionen auf EU-Ebene stehen. Gegenüber August 2011 weist die Umfrage einen starken Vertrauensschwund in Europa aus: Lediglich 34 v.H. der befragten EU-Bürger gaben an, noch Vertrauen in die Europäische Union zu haben. Das große Misstrauen rührt vor allem aus Ländern, deren wirtschaftliche Lage gemessen am Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) relativ zu dem der EU als unterdurchschnittlich einzustufen ist. Die öffentliche Unterstützung für den Euro in der EU liegt mit 53 v.H. zwar deutlich höher, jedoch ist hier ebenfalls ein stetiger, leichter Rückgang erkennbar. Das Vertrauen in die nationalen Parlamente und Regierungen erreichte mit 27 und 24 v.H. bisher nicht gekannte Tiefpunkte. Hinzu kam eine Verschlechterung der Einschätzung zur Lage und zu den Aussichten der europäischen Wirtschaft gegenüber der Umfrage vom August 2011.

Die Folgen dieser Euro- und Europa-Skepsis spiegeln sich nun in den Wahlergebnissen der letzten Wochen und Monate wider. Insbesondere stößt unter der prekären wirtschaftlichen Situation in einigen EU-Ländern der geforderte Sparkurs der EU bei vielen auf Unverständnis.

Bereits im November 2011 wurde die amtierende Regierung in Spanien abgewählt. Die schlechte ökonomische Entwicklung und die rigiden Sparmaßnahmen werden als Hauptgründe dafür ange-

führt. Zudem zerbrach im April 2012 die Minderheitsregierung in den Niederlanden. Die rechtspopulistische Partei für Freiheit unter der Führung von Geert Wilders entzog der Minderheitsregierung die Unterstützung, da sie die Sparmaßnahmen nicht befürwortete. Erst kürzlich folgten Frankreich und Griechenland. Europakritische und europafeindliche Parteien erhielten bei diesen Wahlen jeweils hohen Zulauf. In Frankreich erzielte die Kandidatin Marine Le Pen der rechts-extremen Front National knapp 18 v.H. der Stimmen. In Griechenland wurde die linksradikale Syriza-Partei mit über 16 v.H. zweitstärkste Kraft im Land und könnte bei den Neuwahlen im Juni 2012 sogar zur stärksten Partei avancieren. Die Folgen einer griechischen Regierung, die das Spar- und Sanierungsprogramm annullieren möchte, sind für die Europäische Währungsunion schwer kalkulierbar. Erstmals sind Stimmen von hochrangigen EU-Politikern zu vernehmen, die den Austritt Griechenlands aus der Eurozone nicht mehr kategorisch ausschließen.

Diskussion über Wachstumspakt

Insgesamt wird sich diese Verschiebung in der politischen Landschaft Europas zu mehr Nationalismus und Europa-Skepsis vermutlich auf die zukünftige Politik und wirtschaftspolitische Koordinierung auf EU-Ebene auswirken. Schon jetzt werden bei der Diskussion um geplante Maßnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaft erste Konsequenzen sichtbar. Die

wachsenden Bedenken und der Widerstand gegen den Fiskalpakt könnten gar zu einer Neuverhandlung des Pakts inklusive der Schuldenbremse führen. Wahrscheinlicher erscheint jedoch die Ergänzung des Fiskalpakts um einen Wachstumspakt, wie unter anderem vom neu gewählten französischen Präsidenten François Hollande gefordert. Die Ideen für die Ausgestaltung einer solchen Wachstumsinitiative gehen jedoch weit auseinander. Während man insbesondere in Deutschland an Strukturreformen zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit in den betroffenen Ländern denkt, zielen die Vorschläge anderer Länder eher in Richtung einer Unterstützung durch Konjunkturpakete. Genannt wurde von Hollande unter anderem die Einführung von sogenannten „Projektbonds“. Dabei handelt es sich um gemeinschaftlich abgesicherte Anleihen, die laut Hollande zur Finanzierung von zielgerichteten Investitionen in Zukunftsprojekte eingesetzt werden sollen. Jedoch könnte das aus zwei Gründen mit der deutschen Position in Konflikt stehen. Zum einen schließt diese die Finanzierung eines Wachstumspakts durch eine erneute Ausweitung der Staatsverschuldung aus. Zum anderen steht die kurzfristige Ausrichtung von Konjunkturpaketen nicht in Einklang mit einer von Deutschland angestrebten langfristig orientierten Wachstumsstrategie.

Bei den anstehenden Treffen auf EU-Ebene wird zu klären sein, wie ein möglicher Wachstumspakt im Detail ausgestaltet sein soll und ob eher konjunkturfördernde oder strukturelle Maßnahmen im Vordergrund stehen, um das Wirtschaftswachstum anzukurbeln. Eine Verabschiedung des Wachstumspakts ist am Gipfeltreffen am 28./29. Juni geplant.

Claudia Busl, busl@zew.de
Frauke Schleier, schleier@zew.de

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

ZEW Wachstums- und Konjunkturanalysen – erscheint vierteljährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim · L 7, 1 · 68161 Mannheim
Postanschrift: Postfach 103443 · 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz (Präsident) · Thomas Kohl (kaufmännischer Direktor)

Redaktion: Claudia Busl, Telefon 0621/1235-336, Telefax 0621/1235-223, E-Mail: busl@zew.de
Dr. Marcus Kappler, Telefon 0621/1235-157, Telefax 0621/1235-223, E-Mail: kappler@zew.de
Andreas Sachs, Telefon 0621/1235-145, Telefax 0621/1235-223, E-Mail: sachs@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars
© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2012